Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 15 (1935-1936)
Heft: 4

Artikel: Die Schweiz in der europäischen Koalitionspolitik
Autor: Zopfi, Hans
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-158022

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Schweiz in der europäischen Koalitionspolitik.

Von **Hans Zopfi.**

Man könnte auch die Überschrift wählen: Die Schweiz im Völkerbund. Denn dieser hat ja, nach der Auffassung der Franzosen, die für uns die maßgebende ist, keine andere Aufgabe, als den territorialen und politischen status quo in Europa aufrecht zu erhalten; d. h. die Wiederaufrichtung der deutschen Macht nach Möglichkeit zu hemmen und die Grenzen, die die Friedensverträge von 1919 gezogen haben, zu verteidigen. Seitdem Deutschland aus dem Völkerbund ausgetreten ist, liegt der Charakter der Genfer Institution deutlich sichtbar zu Tage und man darf ihr das Zeugnis nicht vorenthalten, daß sie noch nie einen Entscheid getroffen hat, der das Interesse Frankreichs irgendwie verletzte. So gering die tatsächliche Bedeutung des Völkerbundes an sich für die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens ist, so bedeutungsvoll ist seine Existenz für Frankreich und dessen kontinentale Politik. Aber wir wollen diese Seite des Problems der Stellung der Schweiz im großen Spiel der europäischen Mächte hier nur streifen; was uns heute interessiert, das ist allein die Lage der Schweiz in der neuen Politik der Koalitionen in und neben dem Völkerbund. Das Problem kann beschränkt werden auf die einfache Frage: Kann und wird sich, soll und darf sich die Eidgenossenschaft in ein System eingliedern, das in seiner Grundidee ein Kriegsbündnis gegen Deutschland ist?

Gewiß, um noch einmal festzustellen, was ist: die Tatsache der Zugehörigkeit der Schweiz zum Völkerbund bedeutet an und für sich Kriegsgefahr, weil sie die strikte Aufrechterhaltung der Neutralität in einem europäischen Kriege unmöglich macht, falls dieser Krieg, wie es denkbar ist, als Völkerbundskrieg geführt wird. Denn, überlebt der Völkerbund den Ausbruch eines kriegerischen Konfliktes nur um eine Stunde, so werden wir einen Völkerbundskrieg haben. (Es ist allerdings auch möglich, daß der Völkerbund beim ersten Kanonenschuß in die Luft fliegt!)

Der Umschwung in Deutschland vor zwei Jahren hatte zur Folge, daß sich eine aktive antideutsche Partei in unserem Lande konstituierte. Und zwar nicht etwa in der welschen Schweiz; nein, nur in der

deutschen Schweiz. Die schweizerischen Sozialdemokraten, vor allem ihre deutschschweizerischen Führer, wurden durch den Zusammenbruch der deutschen Sozialdemokratie im Frühjahr 1933 schmerzlich betroffen. Nachdem der erste Schrecken vorüber, die erste Betrübnis abgeschüttelt war, entschlossen sie sich, das ihnen feindliche und verhaßte Regime der Nationalsozialisten in Deutschland mit allen Mitteln zu bekämpfen. Zu diesem Zwecke gaben unsere Marxisten aus „taktischen" Gründen die vornehmsten Grundsätze ihres internationalistischen und revolutionären Parteiprogramms auf. Sie entschlossen sich, zu der Landespolitik — nur vorübergehend, wie sie hoffen, — eine positive Stellung einzunehmen. Sie wollen den Fascismus Deutschlands — als den sie den Nationalsozialismus bezeichnen — auch mit dem Mittel des zum Kampfe bereiten schweizerischen Volkes und seiner Armee angreifen. Sie stellen die schweizerische Armee in die Rechnung eines Feldzuges der zweiten Internationale. Deshalb klatscht die sozialdemokratische Presse, vor allem das „Volksrecht", frenetisch Beifall bei allen kriegerischen Drohungen der Franzosen, bei jeder Abwendung der Engländer vom Pazifismus, trotzdem dieser Pazifismus von der englischen „Bruder"-Partei, der Labour-Party, vertreten wird. Sie ist begeistert vom russisch-französischen Bündnis und betont geflissentlich dessen militärischen Charakter. Alle Schwierigkeiten, die sich in den letzten Jahren im Verhältnis der Schweiz zu Deutschland ergeben haben, zum Teil ergeben mußten, weil Deutschland im Zustand der Revolution und daher einer gewissen Rechtsunsicherheit war, werden von der sozialdemokratischen Presse mit Behagen aufgebauscht, vergiftet und propagandistisch verwertet. Diese internationale Partei, deren Schulmeister heute noch vom Pazifismus leben, scheut sich nicht, einen törichten schweizerischen Chauvinismus zu predigen und nicht nur das Regime in Deutschland zu beleidigen, sondern das ganze deutsche Volk, in dessen Sprache fast drei Millionen Schweizer, von vier Millionen, sprechen und schreiben, mit dem uns also die engsten Bande der Kultur verbinden. Gewiß, wir wollen mit aller Entschiedenheit Verletzungen unseres Rechtes durch Deutschland zurückweisen; im gröbsten Fall, da ein jüdischer Emigrant von unserem Staatsgebiet weg nach Deutschland entführt wurde, werden wir unser Recht suchen und finden. (Nicht um des Jacob willen, der ein Landes- und Hochverräter ist und der den Galgen hundertmal verdient hat, sondern allein um unserer Selbstachtung willen.) Aber wir müssen uns beizeiten gegen eine fortschreitende Vergiftung der schweizerischen öffentlichen Meinung wenden, bevor es zu spät ist und unser Volk reif wird zum Einschwenken in die neue Kriegsfront gegen Deutschland. Dabei wissen wir alle, daß unsere „große Presse", vor allem die „National-Zeitung" und die „Neue Zürcher Zeitung", „ideologisch", wie man zu sagen pflegt, diese Schwenkung bereits vollzogen hat. Für die Naturnotwendigkeit des deutschen Nationalismus haben diese Zeitungen nie Verständnis gehabt. Die „Neue Zürcher Zeitung" treibt in ihrer Art Realpolitik und ist sich im Laufe

des letzten Jahrhunderts stets treu geblieben, dieses Zeugnis muß man ihr geben. Sie hat immer ihr Hauptaugenmerk darauf gerichtet, zu erkennen, auf welcher Seite in Europa voraussichtlich der Sieg in einem zukünftigen Kriege zu finden wäre. Im Savoyerhandel hat die „baumwollene" Politik der „Neuen Zürcher Zeitung" und des Zürcher Liberalismus — der Ausdruck stammt von Jakob Stämpfli — Frankreich als die dominierende Macht in Europa betrachtet und von jedem nationalen Widerstand gegenüber dieser Macht abgeraten, diesen Widerstand sogar sabotiert. Sie blieb damit einer Tradition treu, der sich der Zürcher Liberalismus seit Paul Usteri immer wieder erinnerte. Als dann mit dem bismarckischen Reich eine Art deutsche Hegemonie in Europa zu entstehen schien, ein Übergewicht Deutschlands zum mindesten, dann begann auch die „Neue Zürcher Zeitung" langsam umzulernen. Es wäre interessant, heute wieder einmal die dithyrambischen Artikel zur allgemeinen Kenntnis zu bringen, die die „Neue Zürcher Zeitung" im Jahre 1912 veröffentlichte, als der deutsche Kaiser in Zürich einzog...

Noch während des letzten Krieges kehrte die „Neue Zürcher Zeitung" sehr rasch zur alten Liebe für Frankreich zurück. Aber immerhin, sie bemühte sich eine Zeitlang noch, ihre ausgesprochen franzosenfreundliche Einstellung hinter einer gewissen Objektivität zu verstecken. Unter der Schriftleitung des heutigen Bundesrat Meyer wurden die deutschen Verhältnisse, wenn oft auch einseitig, doch meist klug und ohne unnötige Gehässigkeit beurteilt. Es kamen sogar hie und da Angehörige der damaligen bürgerlichen nationalen Opposition in Deutschland zum Worte. Das änderte von dem Augenblicke an, da die Berichterstattung über deutsche Politik durch die Federn verschiedener Mitarbeiter der „Neuen Zürcher Zeitung" besorgt wurde, die von der Zeitung eigens zu diesem Zwecke nach Berlin gesandt wurden. Diese Herren schöpften ihre Weisheit aus den trüben Quellen der linksliberalen, vor allem aber der sozialdemokratischen Machthaber in Berlin. Verständnislos standen sie der ganzen deutschen nationalen Bewegung gegenüber. Es ist ihnen kein Vorwurf zu machen, wenn sie den Nationalsozialismus ablehnten. Aber das ist ihnen zum Vorwurf zu machen, daß sie die nationale Bewegung in Deutschland als solche nicht würdigen konnten und nicht würdigen wollten. So waren sie denn überrascht, überrumpelt von der Entwicklung, die in den Jahren 1931 bis 1932 in Deutschland vor sich ging. Sie wurden von ihr überrumpelt, wie ihre geistigen Nährväter in Berlin selbst. Mit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus wurden sie beleidigt, verletzt, persönlich gekränkt und sie kehrten zurück zu den heimischen Penaten, gestärkt im Willen, sich nun dafür zu rächen, daß sie sich getäuscht hatten. (Sie täuschten sich dann aber doch noch einmal — das war dann schon mehr eine Sache des Intellekts! — bei der Saarabstimmung.)

Wir sehen also, daß maßgebende bürgerliche Zeitungen unseres Landes mit den marxistischen einig gehen in der Gegnerschaft gegen das gegen-

wärtige deutsche Regime (wir möchten ihr diese Gegnerschaft an und für sich keineswegs zum Vorwurf machen); aber ihre Gegnerschaft richtet sich leider auch gegen die nationale Erhebung in Deutschland! Wir sehen in dieser Gegnerschaft gegen die nationale Erhebung in Deutschland eine große Gefahr und einen Kapitalfehler.

Es liegt in der Linie dieser antideutschen Politik unserer großen Presse, daß sie eine Gefahr darin sieht, wenn Österreich sich dem Deutschen Reiche anschließt. Es ist zwar ein beschämendes Schauspiel, wenn liberale Blätter die Traditionen des tapfern schweizerischen Freisinns (der übrigens nie in Zürich zu Hause war) derart vergessen, daß sie für Habsburg, für klerikalen Legitimismus Sympathien an den Tag legen, nur weil dieses Habsburg und dieser schwarz-gelbe Legitimismus der nationalen Erhebung in Deutschland feindlich gegenüber stehen müssen. Diese Presse vergißt, daß sie der Schweiz den denkbar schlechtesten Dienst damit leistet, wenn sie die Schweiz auf die gleiche Ebene mit Österreich stellt und vielleicht sogar davon faselt, daß das Schicksal Österreichs die schweizerische Zukunft irgendwie belaste oder beeinflusse. Die tapfern Freisinnigen und Demokraten der 50er und 60er Jahre waren (die Zürcher Liberalen vielleicht ausgenommen) entschiedene Freunde der nationalen Einigung Deutschlands und Italiens. Ihre Epigonen tun heute so, als ob ein starkes Deutschland die größte Gefahr für die schweizerische Freiheit bedeute. Sie gehen so weit, den Untergang der alten Donaumonarchie als ein Unglück für unser Land zu bezeichnen, weil dieses Staatsgebilde vom gleichen „Nationalitätencharakter" gewesen sei, wie die Schweiz.

Es ist nun nicht zu bezweifeln, daß die Bearbeitung der öffentlichen Meinung durch die große liberale Presse und die marxistischen Zeitungen Früchte getragen hat. Große Teile des deutschschweizerischen Volkes kennen Deutschland nur aus den verzerrten Schilderungen der Emigranten und ihrer schweizerischen Nachbeter. Es hat sich eine gewisse Unfreundlichkeit gegenüber Deutschland im Volke verbreitet; man kennt Deutschland nicht, man will das deutsche Volk nicht kennen lernen; man verneint, hier ähnlich dem sturen Eigensinn der Elsässer, die enge Verwandtschaft. Man will die Tatsache nicht anerkennen, daß uns im Laufe der letzten 200 Jahre nie eine Gefahr drohte für unsere politische Unabhängigkeit von Norden her. Man vergißt die Erfahrungen der Kriegszeit und den ungeheuren Druck der Entente auf unser Land während dieser Jahre, man hat vielfach, namentlich in den sog. „intellektuellen Kreisen", das Unglück von 1798 und die Herrschaft Frankreichs in der Schweiz von 1798—1815 vergessen.

Von der französischen Herrschaft befreite uns der Sieg der Alliierten bei Leipzig (1813). Die Preußen befreiten uns also von der Tyrannei des ersten Napoleon. Wir haben damals zur Wiederaufrichtung der schweizerischen Freiheit keinen Schuß getan. Unsere beste Wehrkraft stund bis

zum Frühjahr 1814 im Dienste Frankreichs und kämpfte gegen die nationale Freiheit der europäischen Völker.

Gegen die Verbreitung der oben gezeichneten elsässischen Seelenverfassung in unserem Volke muß man sich heute wenden mit aller Kraft und ohne Scheu. Das ist noch lange keine Liebedienerei gegenüber dem neuen Deutschland und seinem politischen System, das uns fremd ist und fremd bleiben wird. Das ist vielmehr ein Gebot der Gerechtigkeit, der Selbstachtung und der politischen Klugheit. Vor allem der Gerechtigkeit, denn darüber, was politische Klugheit ist, werden die Meinungen ja immer auseinander gehen. Aber, um gerecht zu sein, braucht es nur den guten Willen.

* * *

Die Erklärung des Reichskanzlers Hitler in seiner letzten Rede zum Verhältnis Deutschlands zur Schweiz war von vollständiger Klarheit. Wir dürfen mit Genugtuung sein Zeugnis vermerken: Die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Schweiz sei eine tatsächliche (im Gegensatz zu der von Österreich) und niemand zweifle daran, daß sie in ihrer Regierung den wirklich legalen Ausdruck ihres Willens habe.

Während nun aber z. B. der „Bund" so viel politischen Sinn aufbringt, diese Erklärung so, wie sie ist (sie ist deutlich und volksverständlich) und zufrieden zu den Akten zu nehmen, knüpft der Chefredakteur der „Neuen Zürcher Zeitung" an diese Erklärung einige Bemerkungen, weil — der Kanzler unfreundlich von Österreich gesprochen habe.

Es ist notwendig, daß wir hier in der österreichischen Frage Stellung beziehen. Wir wissen, es gab in der Schweiz immer Leute, die für das alte, gemütliche, schlampampige und gut römisch-katholische Österreich voll Bewunderung waren; so während des Krieges die Buom- und Baumberger. (Sie haben denn auch ihre Verdienste um dieses Österreich österreichische Anerkennung gefunden!) Aber freiheitliche Schweizer in der Rolle von Schildknappen der Regierung der Backhändlfaszisten in Wien zu sehen, das ist eine sehr betrübliche Erfahrung der letzten Jahre.

Die schweizerische Eidgenossenschaft muß sich heute zu einer geistigen Neutralität aufraffen. Diese besteht nicht darin, daß man die Sympathien oder Antipathien unterdrückt. Sie besteht aber darin, daß man die Entwicklung der europäischen Politik vorurteilslos betrachtet. Man darf das schweizerische Interesse heute nicht, auf keinen Fall, mit dem status quo in Europa, weder dem territorialen, noch einem andern, verflechten. Man muß sich klar darüber sein, daß eine mächtige nationale Bewegung in Deutschland vorhanden und daß sie zum Siege gelangt ist. Man muß wissen, daß Deutschland den Weg zurück nach Weimar nicht mehr einschlagen wird und auch

nicht mehr einschlagen kann. Man muß sich weiterhin darüber klar sein, daß der Bolschewismus vor den Toren der Schweiz lauern würde, wenn Deutschland ihn nicht niedergeschlagen hätte. Und man darf sich auch, das geht vor allem diejenigen an, die sich nicht auf ihre Unkenntnis des deutschen Volkes berufen können, daran erinnern, daß für unser Schweizervolk im deutschen Volke Reserven der Sympathie vorhanden sind, die wir nicht verscherzen dürfen. Wir wollen selbständig bleiben, wir wollen jeden Angriff auf unsere Selbständigkeit abweisen, aber die Voraussetzung für die moralische Kraft dieses Widerstandes ist der feste Willen, uns in keine Kriegsbündnisse eingliedern zu lassen. Auch in keine geistigen Fronten! Deutschland hat gegen unsere Neutralität noch nie etwas einzuwenden gehabt — den Westmächten ist sie ein Greuel, heute schon und erst recht im Kriege! Hierüber waren die diplomatischen Erfahrungen der Schweiz in den ersten Jahren nach dem Kriege aufschlußreich. Vergessen wir nie: Die Schweiz kann durch eine Entente, eine Verständigung mit irgend einer politischen Front in Europa, (geschweige denn mit einer Allianz) nur ihre Handlungsfreiheit verlieren und nichts gewinnen. Für eine kleine Macht ist jedes Bündnis mit einer Großmacht, jede Gleichschaltung mit den außenpolitischen Tendenzen irgend einer solchen Großmacht eine societas leonina.

* * *

Zum Zeitungskrieg zwischen der Schweiz und Deutschland soll hier nicht viel gesagt werden. Die Schweiz ist gegenüber den Verboten, denen Schweizer Zeitungen in Deutschland ausgesetzt sind, zu Retorsionsmaßnahmen geschritten. Wir verstehen, daß einige große Schweizer Zeitungen im heutigen Deutschland nicht geduldet werden können. Das Hitler-Regime will keine Diskussion über unbestreitbare nationale Forderungen; überdies ist sein „Totalitätsanspruch" mit jeder Pressefreiheit unvereinbar. Wir verstehen auch, daß die Schweiz heute auf die deutschen Verbote antworten mußte, daß sie zu Retorsionsmaßnahmen übergehen mußte. Aber wir beklagen offen diese Entwicklung, die hätte „abgebogen" werden können; die große schweizerische Presse hat meist, wie bereits ausgeführt, nicht nur kein Verständnis für die nationale Bewegung in Deutschland gezeigt, sie hat z. T. eine Politik getrieben, die gegen Deutschland an sich gerichtet war.

Wenn die schweizerische große Presse, bei aller Reserve, bei aller Hochhaltung liberaler Prinzipien, bei aller Ablehnung der Diktatur, die nationale Politik des Dritten Reiches mit mehr Verständnis besprochen hätte, so wäre uns wahrscheinlich dieser Zeitungskrieg erspart geblieben.

* * *

Viele unter uns Schweizern gefallen sich wiederum in der Rolle der europäischen Schulmeister. Die Ratschläge eines solchen Schulmeisters

müssen für Völker, die durch eine Hölle gegangen sind, aufreizend wirken. Den meisten Schweizern, — namentlich der Generation aus dem 19. Jahrhundert, — geht das Verständnis für die Machtseite des Staates gänzlich ab. Dem großen Geschehen in Europa steht unser Volk zu einem großen Teil noch verständnislos gegenüber. Ein gewisser Eigendünkel hindert uns, Völker zu verstehen, die in das von uns gewünschte europäische Stilleben nach dem Kriege die Unruhe brachten. Nun, wir müssen uns an unruhige Epochen in der Geschichte wiederum gewöhnen, so schwer uns dies auch fallen mag! Damit, daß wir hartnäckig uns zu dem Europa von 1890 bekennen, bringen wir dieses Europa nicht zurück.

Die Entwicklung der legitimistischen Frage im Donauraum.

Von **Austriacus**,

Die von der Regierung Schuschnigg durch die Aufhebung der Habsburger-Gesetze eingeleitete Restaurationspolitik, die inzwischen allerdings von Frankreich vorläufig abgestoppt worden ist, gibt Veranlassung, Grundlagen und Entwicklung des Legitimismus im gesamten Donauraum näher zu betrachten. Der Aufsatz wurde vor den letzten Maßnahmen Schuschniggs geschrieben, verliert aber, nach seinem Zweck, dadurch nicht an Interesse. (Red.)

Die habsburgische Restaurationspolitik stellt derzeit ein aktuelles Problem der innenpolitischen Lage der Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns und ihrer zwischenstaatlichen Beziehungen dar. Als Bewegung meistens überschätzt, vielfach aber auch unterschätzt, sind für den Legitimismus zweifellos teilweise Erfolgsmöglichkeiten vorhanden, die Beachtung verdienen.

Die Entstehung der legitimistischen Frage fällt in die Zeit nach dem Zusammenbruch des habsburgischen Donaureiches im Jahre 1918. Für die Vertreter und Anhänger einer monarchistisch habsburgischen Staatsformung lag damals durch das Fehlen eines Thronverzichtes Kaisers Karls eine tatsächliche Begründung zu einer Propaganda für die Wiederherstellung der alten Monarchie vor. Im berühmten Oktobermanifest des Jahres 1918 hatte nämlich Kaiser Karl, außer der Gewährung der nationalstaatlichen Unabhängigkeit an die verschiedenen Nationen des Donaureiches, diesen die Freistellung der Wahl der Staatsform zugesichert und gleichzeitig auf die Ausübung seiner Herrscherrechte verzichtet. Konnte nun Kaiser Karl das Oktobermanifest als eine ihm rechtlich zustehende Änderung der inneren Struktur seines Reiches annehmen, so faßten es die einzelnen Nationen allerdings praktisch als rechtliche Form der Entlassung aus dem Staats-